

Ersteinst täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Donnerstag 10-12 Uhr.  
Freitag 4-6 Uhr.

Die in dieser Zeitung eingetragenen  
Anzeigen werden für die nächst-  
folgende Nummer bestimmt.  
Anzeigen an Wochenenden bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.  
In den Fällen für Auf. Anzeigen:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Leipzig, Rathhausstr. 18, p.  
nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 289.

Montag den 20. September 1880.

74. Jahrgang.

## Bestellungen auf das vierte Quartal 1880 des Leipziger Tageblattes (Auflage 16,200)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannisstraße Nr. 33, gelangen lassen. Außerdem werden von sämtlichen hiesigen Zeitungs-  
spediteuren Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Aus-  
wärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

### Der Abonnementspreis beträgt

pr. Quartal 4 Mark 30 Pfennige,  
inclusive Bringerlohn 3 Mark,  
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind ohne Postbeförderung 39 Mark, mit Post-  
beförderung 48 Mark Beilegebühren unter Vorauszahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 5 gespaltene Petitzeile  
20 Pfennige, für Neclamen aus Petitschrift unter dem Redactions-  
strich 40 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend  
von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichnis berechnet, wogegen  
bei tabellarischem und Ziffer-Satz Berechnung nach höherem Tarif  
eintritt. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando  
oder durch Postvorschuß.

Das Tageblatt wird früh 6 1/2 Uhr ausgegeben und enthält die bis  
zum vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-  
Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Mit seiner „Volkswirt-  
schaftlichen Beilage“ bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt  
Sachsens. Es bringt namentlich auch sämtliche wichtige deutsche und über-  
seeische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt  
die vollständigen Gewinnlisten aller Classen der **Königlich Sächsischen  
Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse der ausgelosten **Königlich  
Sächsischen Staatsschuldenscheine.**

Leipzig, im September 1880.

### Expedition des Leipziger Tageblattes.

## Ausserordentliche Sitzung des Aerztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig

Donnerstag, den 23. September, Abends 6 Uhr, in der Anatomie, Llobligstrasse.  
Tagesordnung: Herr Prof. Dr. Braune: „Die Anatomie des menschlichen Fusses mit besonderer  
Berücksichtigung der Fussbekleidung.“  
Dr. Ploss.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 19. September.

Eine Reihe nationalliberaler Kund-  
gebungen gegen die Seccession der Herren  
Fordenbed, Hammerger u. G. steht bevor.  
Wie in der Provinz Hannover, wird demnach  
auch in Baden eine Landesversammlung  
der nationalliberalen Partei zur Erörte-  
rung der Seccessionsfrage abgehalten werden.  
Bekanntlich ist von den badischen Reichstagsabgeord-  
neten nur einer, der Abg. Pflüger, der Seccession  
beigetreten. Dabei ist interessant, daß Herr  
Pflüger schon seit längerer Zeit erklärt, ein  
Mandat zum Reichstag nicht wieder annehmen  
zu wollen. Im Uebrigen wird aus seinem Wahl-  
kreise mitgetheilt, daß sein Uebertritt zur Secces-  
sion bei seinen bisherigen Anhängern eine ganz  
überwiegende und entschiedene Mißbilligung findet.  
Bei uns im Königreich Sachsen wird, wie un-  
seren Lesern bekannt ist, der Reichsverein am  
26. d. M. ebenfalls eine Versammlung zur Be-  
sprechung der Seccession halten. — Wie wir dem  
„Hannoverschen Courier“ entnehmen, hat  
der Abgeordnete für den Wahlkreis Harburg  
für die heute (Sonntag) stattfindende Versamm-  
lung der Parteigenossen in Hannover folgende  
Resolutionen seinen Wählern zur Prüfung  
und Beurtheilung vorgelegt:

1) Wir haben keine Veranlassung, uns von der  
nationalliberalen Partei zu trennen, obgleich  
wir mit den in der Erklärung der Herren Ham-  
merger und Genossen ausgesprochenen politischen  
Grundsätzen und Anschauungen vollkommen überein-  
stimmen, auch die Erreichung derselben Ziele erstreben.  
2) Daß nach den Erfahrungen der letzten beiden  
Jahre sich die Einheit der politischen Denkart, d. h.  
die Uebereinstimmung der politischen Ansichten und  
Anschauungen innerhalb der nationalliberalen Partei  
vermindert hat, vernachlässigen wir nicht zuzugestehen.  
Eine gewisse Verschärfung dieser Ansichten hat, wie  
in allen größeren Parteien, von jeher bestanden und  
ist hauptsächlich bei deren Geltendmachung seit der  
Gründung der Partei geseigt.  
3) In einer großen liberalen Partei würden diese  
Differenzen noch scharfer hervortreten und daher  
können wir dazu durch Auflösung underspaltung  
der nationalliberalen Partei nicht mitwirken.

3) Wir erkennen nach wie vor das Programm,  
welches in dem Wahlaufsatz des Centralwahlcomité  
der nationalliberalen Partei vom 16. Juni 1878,  
sowie in dem Wahlaufsatz zur Landtagswahl in der  
Provinz Hannover vom August 1879 und in dem  
Wahlaufsatz des Centralwahlcomité zu Berlin vom  
Jahre 1879 enthalten ist, als für uns maßgebend an,  
und sprechen unsere Ueberzeugung dahin aus, daß  
dieses Programm, welches die Forderungen ausschließt,  
durch keine Abänderung der Weidheit der Mitglieder  
der nationalliberalen Partei verletzt werden.  
4) Die Vorwürfe, welche unsern Parteigenossen  
H. v. Bennigsen in einigen öffentlichen Vorträgen  
gemacht sind, weisen wir auf das Entschiedenste zurück.  
Wir erklären, daß sein bisheriges Wirken uns nur  
Veranlassung giebt, ihm unser Vertrauen ganz un-  
geschwächt und unerschütterlich zu erbalten.  
5) Eine Commission von 5 Mitgliedern der Partei  
wird beauftragt, auf Grund der Beschlüsse sub 1, 2  
und 3 eine diesbezügliche, weitest aus-  
führende Erklärung, mit den Namen der Teilnehmer  
der Versammlung, welche sich nicht dagegen erklären,  
unterzeichnet, zu veröffentlichen.  
Darburg, 14. September 1880.

### H. Grumbrecht.

Wir haben gestern über den bevorstehenden Zoll-  
anschluß der Unterelbe berichtet. Eine  
frühere Mittheilung, daß weder der erste April  
noch der 1. Juni 1881 zum Termin des Ein-  
tritts der Zollvereine in den Zollverein  
bestimmt sei, fand in dem unsern Lesern bekannten  
Schreiben des Finanzministers Bitter an den  
Vorsitz des Altonaer Vereins gegen den Zollan-  
schluß directe und officielle Bekräftigung. Ueber  
dieses Schreiben wird uns aus Berlin ge-  
schrieben:

Der Minister gesteht hier mit dürren Worten zu, daß er  
zur Zeit nicht in der Lage sei, Ruffschluß über den  
Termin des Anschlusses zu ertheilen. Um so un-  
wünschlicher muß das Gefühl des Befremdens über die  
unmotivirte Ueberführung sein, mit welcher diese ganze  
Angelegenheit betrieben worden, bevor eine genaue  
Prüfung der thatsächlichen Grundlagen ihrer Durch-  
führbarkeit stattgefunden. Das Gleiche gilt von der  
Verlegung der Zollabfertigungsstelle auf der Unter-  
elbe. Das räthselhafte Schweigen, das hierüber seitens  
der Regierung beobachtet wird, läßt wohl oder übel  
keinen anderen Schluß zu, als daß sich dem Plane  
technische und commercielle Schwierigkeiten entgegen-  
stellen, deren Ueberwindung selbst dem Fürsten Bis-

marc unmöglich erscheinen dürfte. Das ist so un-  
zweifelhaft, daß es gar nicht einmal der Heranziehung  
anderer Motive bedarf, so schwer dieselben auch an  
und für sich und Gemüth fallen dürften. Vielleicht  
hält es der Reichskämmerer (und Stimmen aus seiner  
Umgebung widersprechen dieser Annahme nicht) doch nicht  
recht für angeeignet, gerade in der letzten Session der  
Reichstagslegislaturperiode eine Frage zum Ausdrück zu  
bringen, die nicht einmal verfassungsmäßig unbedritten  
daneben, gegen welche sich ein großer Theil der National-  
liberalen und nicht bloß diejenigen, welche jetzt aus  
der Fraction ausgeschieden, engagirt haben, und deren  
Vertretung Herr v. Bennigsen in der Sitzung vom  
10. Mai nur in der Absicht beantragt hat, der Reichs-  
regierung eine Rükzugsbürde zu bauen, nicht aber  
ein späteres Compromiß vorzubereiten. Es ist nirgends  
und nie konstirt worden, daß die scharfe Ablehnung,  
mit welcher der ehemalige Staatssecretair des Innern,  
Herr Hofmann, in jener Sitzung den Antrag  
Bennigsen beantwortete, auch wirklich den Intentionen  
des Fürsten Bismarck entsprochen habe. Man braucht  
dafür noch nicht so weit zu gehen, wie einzelne  
Optimisten unter den nationalliberalen Abge-  
ordneten, die sich überreden wollen, daß  
jene Divergenz der Ansichten den Rücktritt Hofmann's  
mit beeinflusst habe. Aber ohne Zweifel wird Fürst  
Bismarck sich geeignetenfalls nicht gebunden erachten  
durch die Erklärungen, die sein Vorgänger im preu-  
ßischen Handelsministerium abgegeben. Eine Wieder-  
aufnahme der Zollgrenzverleugungsfrage hieße einen  
Verfassungsconflit heraufbeschwören.

Wir kommen auf die in Magdeburg bevor-  
stehende Neuwahl zum preussischen Landtag zurück,  
nachdem wir die Parteilage gestern dargestellt haben.  
Wie die „Magdeburger Zeitung“ meldet, hat sich  
ein Bürger der Stadt, der in den letzten Jahren  
mit der Fortschrittspartei gegangen ist, wieder-  
holt an Herrn von Fordenbed gewandt, damit  
Dieser einen Candidaten für die bevorstehende Ab-  
geordnetenwahl bezeichne, da Herr Lasker zu  
unbeliebt sei. Es ist daraus von Herrn Pflüger  
in Berlin ein Brief eingelaufen, von dessen Ab-  
druck das Blatt erlucht worden ist. Hier folgt  
das Schreiben:

Sehr geehrter Herr!

Der Herr Oberbürgermeister von Fordenbed,  
welcher gerade jetzt durch seine communale Thätigkeit  
sehr in Anspruch genommen ist, hat mir Ihre beiden  
Briefe vom 23. August und 9. September übergeben,  
die Angelegenheit mit mir durchsprachen und mich  
gebeten, die Briefe in seinem Namen zu beantworten.  
Wegen die Chancen für Lasker günstig oder nicht  
günstig seien, auf keinen Fall konnte, sobald einmal  
seine Candidatur von irgend einer Seite aufgestellt  
war, einer von uns als Candidat auftreten. Lasker  
ist eine so bedeutende Kraft, die Behandlung, welche  
er von der rechten Seite der Nationalliberalen er-  
fahren, und zwar lediglich aus Concomitanz gegen die  
ausgesprochene Antipathie des Fürsten Bismarck, eine  
so unwürdige und ungerichte, daß es für jeden Wahl-  
kreis, der wirklich liberal ist, eine Schrensache sein  
müßte, Lasker zu wählen und die Lücke auszufüllen,  
die durch seine Abwesenheit im Abgeordnetenhaus  
sich bereits sehr fühlbar gemacht hat. Magdeburg hat  
aber um so mehr Veranlassung, dies zu thun, da er  
bereits die Stadt vertreten und nur im Interesse der  
Partei, um noch einen Sitz derselben zu sichern, auf  
die weitere Vertretung verzichtet hat. Eine so intelli-  
gente Wählerkraft wie die Magdeburger darf sich nicht  
von persönlichen Antipathien leiten lassen, sondern  
lediglich die Sache im Auge halten. Geht es nicht  
so kann kein wahrhaft liberaler Mann schwanken,  
sondern wird bei der bevorstehenden Neuwahl Lasker  
seine Stimme geben. Herr Oberbürgermeister von  
Fordenbed läßt Sie dringend bitten, Alles, was in  
Ihren Kräften steht, dazu beizutragen, daß Lasker  
gewählt wird. Mit vorzüglicher Hochachtung ganz  
ergebenst Pflüger, Reichstagsabgeordneter.

Die „Magdeburger Zeitung“, welche sich dagegen  
erklärt, daß der Stadt von Berlin aus ein  
Candidat, Herr Lasker, octroyirt werde, äußert  
sich zur Sache dann wie folgt:

Zur Orientierung für Kundstättige, die unsere Ver-  
hältnisse nicht kennen, wollen wir nur bemerken, daß  
die sogenannte vereinigte nationalliberale  
und Fortschrittspartei schon bei der letzten Wahl  
bestand („einige Nationalliberale und die Fort-  
schrittspartei“ nannte man sie damals nicht ganz un-  
zutreffend) und daß die nationalliberalen  
Wahlmänner, die dann für Herrn v. Sybel ge-  
stimmt haben, im harten Wahlkampf gegen  
diese vereinigte nationalliberale und Fort-  
schrittspartei gewählt worden  
sind. Daß diesen Wahlmännern nun angedroht  
wird, sie würden nicht als wirklich liberale Männer  
betrachtet werden können, wenn sie den Candidaten  
jener vereinigten nationalliberalen und Fortschritt-  
spartei nicht ohne alles Häudern und Schwanken  
wählten, ist doch recht hart. Wir wissen nicht, was  
die Wahl uns bringen wird; aber auch, wenn sie  
uns Herrn Lasker brächte, würden wir bei der  
Meinung beharren, daß man ganz wohl für Herrn  
v. Fordenbed (selbstverständlich, ohne daß man  
sich damit verpflichtet, undesehen Alles mitzumachen,  
was derselbe etwa unternimmt) Somdathen haben  
kann und darum doch noch lange nicht der Meinung  
zu sein braucht, daß man nun aus Herrn Lasker  
mit in Kauf nehmen müsse. Die guten Eigen-  
schaften desselben haben wir immer anerkannt und  
werden wir auch in Zukunft stets gern räumen.

Der Kronprinz Rudolf von Oesterreich ist  
am Sonnabend mit dem Courierzuge der An-

halter Bahn nach Wien zurückgekehrt. Der  
deutsche Kronprinz gab ihm vom Schlosse aus das  
Geleit bis zum Bahnhof, den eine zahlreiche  
Menschenmenge umstellte hatte; die Verabschiedung  
auf dem Perron war eine sehr herzliche. Kron-  
prinz Rudolf reiste mit einem Gefolge von 20  
Personen, zu deren Beförderung ein Salon- und  
ein Schlafwagen in den Zug eingestellt worden  
waren. Der Kaiser hatte sich von seinem hohen  
Gast im Schlosse verabschiedet.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ wird der  
Statthalter für Elbisch-Löhringen, Ge-  
neral-Feldmarschall Freiherr v. Mantuffel, dem  
Kaiser bei dessen demnächstiger Anwesenheit in  
Baden-Baden über die Verwaltung der Reichslande  
persönlich Bericht erstatten. — Der Reichstag  
seinerseits dürfte kaum in die Lage kommen, über  
die Verwaltung in den Reichslanden ein Urtheil  
abzugeben, denn wenn er an sich auch wohl dazu  
berechtigt ist, so fehlt doch seit dem Rücktritt des  
Herrn Herzog die geeignete Zwischeninstanz, die  
dem Reichstage Rede und Antwort stehen könnte,  
da Herr Hofmann, der sein neues Amt erst am  
1. October antreten wird, doch nicht wohl zuzu-  
muthen ist, über die inzwischen erfolgten Regie-  
rungsacte Rechenschaft abzulegen.

Nach den letzten telegraphischen Nachrichten  
würden die Flotten der Großmächte mit  
Montenegro cooperiren, um die widerspenstigen  
Albanesen zur Raision zu bringen. Achttausend  
Albanesen haben Dulcigno und die Festung be-  
setzt und zwei dort garnisontrende Bataillone  
vertrieben. Riza Pascha, der seinen Befehl hatte,  
sich in einen Kampf einzulassen, hat sich nach Ge-  
ritzia zurückgezogen. Die Pforte hat sich also  
mit allerlei Schlichen aus der Affaire gezogen.  
Sie hatte vorher den Mächten in einer Note  
versichert, es bestesse das Programm und die Aus-  
gabe des neuen Cabinetes in der schleunigen Lösung  
der schwebenden Fragen, wie dies dem freien Willen  
des Sultans entspreche. Und zum Beweise, wie  
geschickt Saib Pascha und Collegen in der Lösung  
schwebender Fragen sind, wird mit gleicher Ge-  
schwindigkeit folgendes, seinem Inhalte nach er-  
logenes Telegramm verbreitet: „Den neuesten der  
Pforte zugegangenen Nachrichten zufolge hat,  
Danke den Anstrengungen Riza Pascha's, die Er-  
regung in Albanien einer verhältnismäßigen Ruhe  
Platz gemacht, welche Riza Pascha ohne weitere  
Unterstützung und ohne Blutvergießen die Ueber-  
gabe Dulcigno an Montenegro ermöglichen  
dürfte.“ Das diese Erfindung nicht weniger als  
neu ist und allen übrigen Nachrichten aus Dulcigno  
widerpricht, genirt Saib Pascha nicht im Gering-  
sten. Während der officielle Riza Pascha, ohne Blut-  
vergießen die Uebergabe von Dulcigno ermöglicht,  
hat sich der factische Riza Pascha von Dulcigno  
zurückgezogen. Als der Gouverneur von Dulcigno,  
Hadschi Radschidi Aga, ihm meldete, daß die  
dortigen regulären Truppen nicht geneigt seien,  
gegen die Albanesen zu kämpfen, welche das Ge-  
biet des Padschahs verteidigten, gab Riza Pascha  
den schon angetretenen Marsch nach Dulcigno  
plötzlich auf und kehrte nach Scutari zurück, wo  
seine persönliche Sicherheit nicht gefährdet ist, so  
lange er sich ruhig verhält. Wie es heißt, würde  
am 22. September das Bombardement Dulcig-  
nos beginnen.

Mit wahrhaft stürmischer Hast berichtete gestern  
der Telegraph über den Verlauf der französi-  
schen Ministerkrise. Das vorläufige Resultat be-  
steht in, daß der Minister des Innern Con-  
stant, der Justizminister Cazot und der Kriegs-  
minister Farre ihre Entlassung eingereicht haben.  
Ein neuer Ministerrath unter Grevy's Vor-  
sitz sollte die endliche Entscheidung bringen. Eine  
Nachricht darüber lag bei dem Redactionschlusse  
noch nicht vor. Der Gang der Krise war ein  
anderer, als man im Allgemeinen erwartete konnte.  
Nicht Freycinet also hat seine Entlassung ein-  
gereicht, sondern die Versichter schärferer Maßregeln  
gegen die Orden. Constant, Cazot und Farre!  
Diese Vorgänge bedeuten mehr als eine bloße  
Ministerkrise, sie bedeuten eine Regierungsk-  
krise. Auf Seiten Freycinet's steht Grevy,  
auf Seiten der sich zurückziehenden Minister  
Gambetta, der Vicerent Frankreichs. Die  
Frage heißt nicht mehr, ob Freycinet, ob Constant,  
sie heißt nunmehr: entweder Grevy oder Gam-  
betta. Es stehen Frankreich für die nächste Zeit  
sehr aufregende Tage bevor. Die Nachricht von  
der Krise kommt in der That überraschend.  
Ueber ihre directen Ursachen zeigen die Nachrichten  
des officiellen Telegraphen große Lücken. Noch  
gestern lauteten die Meldungen versöhnlich, Grevy  
sollte bereits von Paris wieder nach dem Jura  
abgereist sein, bis Nachmittags der Telegraph die  
obige überraschende Meldung brachte. Die Mi-  
nisterberatungen fanden, wie mitgetheilt, am  
Donnerstag, Freitag und Sonnabend statt. Das  
Resultat war, daß kein als endgültig zu be-

Neu-Auflage 16,400.

Abonnementspreis vierteljährlich 12 M.,  
incl. Bringerlohn 5 M.,  
durch die Post bezogen 16 M.  
Jede einzelne Nummer 35 Pf.  
Belegexemplar 10 M.  
Schließen für Extrabeilagen  
ohne Postbeförderung 39 M.,  
mit Postbeförderung 48 M.

Inserate 5 gelp. Petitzeile 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — Tabellarischer  
Satz nach höherem Tarif.

Neclamen unter dem Redactionsstrich  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sub sita an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung praenumerando  
oder durch Postvorschuß.